

Verbundkatalog Kalliope

Fünf politische Aufsätze

Gedanken zum Entnazifizierungsgesetz. - Ideas in regard to the denazification law.

Bonsels, Waldemar

1946

Nutzungsbedingungen

Bei zahlreichen Dokumenten auf monacensia-digital.de sind die Urheberrechte bereits abgelaufen. Sie sind gemeinfrei und dürfen ohne weitere Rücksprache mit der Monacensia weiterverwendet werden. Bei den Dokumenten, bei denen noch Urheberrechte bestehen, müssen für eine Weiterverwendung stets die Rechteinhaber*innen angefragt werden sowie eine Publikationsgenehmigung der Monacensia eingeholt werden. Das Zitatrecht bleibt hiervon unberührt. Zur Erteilung einer Publikationserlaubnis wenden Sie sich bitte an:

Monacensia im Hildebrandhaus
Literaturarchiv
Adresse: Maria-Theresia-Straße 23, 81675 München
E-Mail: monacensia.literaturarchiv@muenchen.de

Waldemar-Bonsels-Stiftung
Adresse: Adlzreiterstraße 7, 80337 München
E-Mail: info@waldemar-bonsels-stiftung.de

Terms of use

The copyrights for numerous documents on monacensia-digital.de have already expired. They are in the public domain and may be reused without further consultation with Monacensia. In the case of documents for which copyrights still exist, the copyright holders must always be contacted for further use and publication permission must be obtained from the Monacensia. The right to quote under copyright law remains unaffected by this. To obtain permission for publication, please contact:

Monacensia Literary Archives:
Literaturarchiv
Address: Maria-Theresia-Straße 23, 81675 München
E-Mail: monacensia.literaturarchiv@muenchen.de

Waldemar-Bonsels-Stiftung
Address: Adlzreiterstraße 7, 80337 Munich, Germany
E-Mail: info@waldemar-bonsels-stiftung.de

*Abz. Heberichs & Auftrags an Dr. C. J. C.
L. Seiden*

Abschrift

aus "Die Tat", schweizerische unabhängige Tageszeitung ,

Anfang September 1946.

Gedanken zum Entnazifizierungs-Gesetz.

Die Staatsmänner der amerikanischen Zone, die für das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus verantwortlich sind, befinden sich in keiner beneidenswerten Lage. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sie sich durchaus dessen bewusst sind, dass dieses Gesetz etwas Erstmaliges und hoffentlich Einmaliges in der Weltgeschichte darstellt.

Dem Juristen braucht nicht weiter erläutert zu werden, dass es eine rechtliche Absurdität ist. Dass die Justizminister dreier Länder diesem Gesetz zugestimmt haben, belastet diese Männer in einer Weise, wie es nicht jeder Mann auf sich nehmen möchte. Es ist daher nur zu verständlich, wenn ein führender Jurist und Staatsmann (Exministerpräsident Dr. Schaefer) kürzlich sagte, er danke Gott auf den Knien, dass er dieses Gesetz nicht unterzeichnet habe. Daraus spricht nicht etwa nur die Angst vor etwaiger Rache der Betroffenen, sondern einfach der gesunde Menschenverstand und ein normales rechtliches Empfinden. Wir wissen alle, was wir der nationalsozialistischen Rechtspflege vorzuwerfen hatten. Das Entnazifizierungsgesetz haut in die gleiche Kerbe und noch dazu in bodenlos übersteigerter Weise, so dass es keine bessere Qualifikation dafür gibt, als die eines typischen Nazigesetzes. Viele Leute sind der naiven Ansicht, ein Gesetz sei stets etwas moralisches, weil es eben ein Gesetz sei. Dass dies Unsinn ist, liegt klar auf der Hand. Ebenso könnte man ein Gesetz erlassen, wonach alle Menschen mit blauen Augen zu erschiessen seien und es moralisch finden. Das Entnazifizierungsgesetz ist ein r ü c k w i r k e n d e s Gesetz, es verstösst also gegen den elementaren Rechtsgrundsatz, wonach

eine Handlung, die zur Zeit ihrer Begehung nicht als strafbar kodifiziert war, nicht nachträglich bestraft werden kann und darf und es ist ein diskriminierendes Gesetz, d. h. es gilt nur für eine bestimmte Kategorie von Menschen. Ausserdem richtet es sich gegen Individuen auf Grund einer absoluten Fiktion, nämlich der sogenannten Kollektiv-Schuld.

Damit weist dieses Gesetz alle die Eigenschaften auf, die es zu dem stempeln, was es tatsächlich ist, einem logischen Unsinn, einer juristischen Perversität und einer moralischen Niedertracht. Die Behauptung der Denazifizierungsminister, dieses Gesetz sei ein demokratisches Gesetz, nehmen diese Herren wohl selbst nicht ernst. Denn, dass dieses Gesetz dem Geist der Demokratie geradezu ins Gesicht schlägt, liegt so auf der Hand, dass es weiter nicht begründet zu werden braucht. Nicht die breite Diskussion um das Denazifizierungsgesetz, sondern eine gewisse Formulierung des Gesetzes selbst lässt darauf schliessen, dass den Urhebern nicht ganz wohl ist.

Um nicht das Odium eines rückwirkenden Strafgesetzes auf sich zu laden, spricht dieses Gesetz ausdrücklich nur von Sühnemassnahmen, nicht von Strafen, und nicht von Angeklagten, sondern von Betroffenen. Nun ist es zweifelhaft richtig, dass Strafe und Sühne zweierlei sind, leider sind sich aber die Gesetzgeber selbst über diesen Unterschied nicht im klaren. Aufgelegte Wiedergutmachungsleistungen, die ja gleichbedeutend sind mit Sühne, können naturnotwendig nur in Leistungen bestehen, es sei in Geld, Naturalien oder Sachwerten, es sei in Arbeitsleistungen u. s. w., aber man kann als Sühne den Betroffenen nicht mit Massnahmen bedenken, die reinen Strafcharakter haben. Dennoch sind im Gesetz Freiheitsbeschränkungen aller Art, berufliche Disqualifikationen, ja sogar Aberkennung der persönlichen und bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit oder Lebensdauer vorgesehen, die mit Wiedergutmachung auch nicht das Geringste zu tun haben. So für Beamte z. B. die Entlassung aus dem Amte ohne die rechtlich zustehende Pension, was eine Strafmassnahme darstellt, die nur bei schweren Dienstvergehen oder schweren

kriminellen Straftaten in Frage kommen darf, da sie die schwerste Disziplinarstrafe des Beamtenrechtes überhaupt ist.

Weiterhin sind in dem Gesetz "Sühnemassnahmen" vorgesehen, die praktisch die Vernichtung der bürgerlichen Existenz bedeuten. Es ist nicht anders als zynische Offenheit zu bezeichnen, wenn das Gesetz wörtlich besagt: Die Betroffenen dürften von ihrem Eigentum nur das zur Führung eines notdürftigen Lebens nötige behalten. Dieser Passus charakterisiert den wahren Sinn des Gesetzes mehr als alles andere. Zeigen sich schon im Wortlaut und in der Theorie des Gesetzes die schwersten inneren Widersprüche, so wachsen dieselben in der praktischen Ausführung, d. h. Auswirkung, ins ungeheuerliche. Denn da auch die gewöhnlich formell nicht betroffenen Familienmitglieder, die möglich sogar antifaschistisch eingestellt gewesen sein können, praktisch genau so betroffen werden wie der betreffende Verbrecher selbst, so ist das für die ganze Familie eine Strafe - denn für die Praxis ist für den Betroffenen Sühne - Strafe. Es werden damit Millionen von Familien praktisch zur Verzweiflung getrieben. Ausserdem haben wir dann wieder dieselbe wahnwitzige Sippenhaftung, die man der nationalistischen Rechtspflege so sehr zum Vorwurf macht, gemacht hat. Nur, dass diesmal gleich ein Drittel des deutschen Volkes davon betroffen wird. Aber selbst wenn wir den Fall setzen, dass das Gesetz tatsächlich der Gerechtigkeit dienen soll, was angesichts der Sachlage je nicht im Entferntesten der Fall ist, so ist es auch in der Hinsicht geradezu unsinnig angelegt und zeigt, dass es das Machwerk einiger hasserfüllter, schauderhafter Dilettanten ist.

Die Aufteilung der Betroffenen erfolgte nach schematischen Gesichtspunkten, die klar beweisen, dass das Urteil der Urheber des Gesetzes sowohl bezüglich der Rechtslage, wie der Verhältnisse des Dritten Reiches von keinerlei Sachkenntnis getrübt ist. Der Denazifizierungsminister Schmitt schämt sich nicht, in öffentlicher Rede zu sagen: Die Gruppeneinteilung sei erfolgt, um eine Nationalsozialistische-militaristische Block-

bildung zu verhindern, d. h. also, dass sich die Urheber des Gesetzes, das angeblich der Gerechtigkeit dienen soll, von rein parteipolitischen Erwägungen haben leiten lassen. Es ist damit schon hinreichend gekennzeichnet und so zeigt uns das Gesetz aber auch hier schon Schwächen und Ungerechtigkeiten der entsetzlichsten Art.

Wir greifen ein Beispiel heraus: Der Pg. mit der Mitgliedsnummer unter 100 000, die 1934 automatisch, also ohne Rücksicht auf Verdienst oder Nichtverdienst das goldene Parteiabzeichen der NSDAP verliehen bekamen, rangieren unter der Gruppe I., den sogenannten Hauptschuldigen, obwohl im Gesetz selbst verankert ist, dass das Datum des Eintritts und äussere Merkmale nicht als entscheidendes Argument gelten dürfen. Wurde einem Pg. das Ehrenzeichen verdiensthalber verliehen, so erfasst ihn das Gesetz ja ohne dies auf Grund der besonderen Tätigkeit, um derentwillen er das Ehrenzeichen verliehen erhielt; Wurde einem Ehrenzeichenträger unter 100 000 eine höhere Stellung in Partei, Staat, usw. verliehen, ist auch für diesen Fall eine Klausel vorgesehen.

Es ist also unlogisch, ~~das~~ unlogisch, das Ehrenzeichen als solches für die Begründung für die Einreihung in die Gruppe I zu nehmen. Denn der normale Ehrenzeichenträger unterscheidet sich durch nichts anders vom gewöhnlichen Pg. als durch seine Mitgliedsnummer, also rein äusserliche Merkmale. Auf der anderen Seite fallen Inhaber tatsächlich entscheidender politischer Stellungen oft in die Gruppe II, also in eine günstigere Gruppe (z. B. Mitglieder des Preussischen Staatsrates.) So kann also der absurde Fall eintreten, dass der Bürodiener in der Dienststelle eines Preussischen Staatsrates schwerer belastet erscheint als sein oberster Chef, bloß weil er ein Pg. unter 100 000 war, wenn er auch im übrigen nicht das mindeste zu sagen hatte. Man komme uns nicht mit dem Einwand, dies sei ein besonders konstruierter Fall. Die sogenannten alten Kämpfer rekrutierten sich hauptsächlich aus kleinen Leuten, was ja merkwürdigerweise gradezu die Linksparteien den Nazi fortgesetzt vorwerfen. Das Gesetz fordert aber für die Entlastungsargumente des Hauptschuldigen die Anlegung besonders

strenger Massstäbe, so dass es dem Pg. unter 100 000 nicht leicht fallen dürfte, auch nur in die Gruppe II hinüberzuwechseln, während man ja z.B. im Falle Gründgens erlebt hat, dass ein Preussischer Staatsrat voll entlastet wurde.

Was vom Denazifizierungsgesetz zu halten ist, sieht man besonders an der Zusammensetzung der Spruchkammern. Sie, die doch eine rein richterliche Einrichtung sind und Recht sprechen sollen, sind nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten besetzt. Es ist dies gleichfalls eine noch nie dagewesene Erscheinung. Besonders wichtig ist dies für die Praxis der Spruchkammern und der dabei befindlichen Leute mit wirklich rechtlichem Empfinden - eben jenen gerecht denkenden Männern, die das Gesetz für diesen Zweck fordert - lehnen solche Aemter ab, so dass nur Typen übrig bleiben, die hier eine "willkommene" geforderte Gelegenheit sehen, ihr Mütchen zu kühlen. Wie weit es mit der "persönlichen Unbescholtenheit" aussieht, lässt sich schwer feststellen, doch lassen die bisherigen Erfahrungen das Schlimmste befürchten. Da die Spruchkammern parteimässig besetzt sind liegt der Verdacht nahe, dass sowohl die vor den Spruchkammern stehenden Nationalsozialisten belastende als auch entlastende Punkte von den Spruchkammermitgliedern je nach ihrer politischen Ideologie verschieden beurteilt werden. Ist ein Pg. z. B. aus der katholischen Kirche ausgetreten, so wirkt dies auf den C.S.U.-Vertreter der Spruchkammer erheblich anders als auf den Kommunisten u. s. w.

Am schlimmsten ist der dehnbare Charakter fast aller Paragraphen des Gesetzes, es sind fast lauter Kann-Vorschriften, die natürlich Missbräuchen Tür und Tor öffnen. Der Denazifizierungsminister in Bayern ist, obwohl das Gesetz einen Verfechter der Demokratie für diesen Posten fordert, ein Kommunist, also ein Vertreter eines autoritären Systems, das die Diktatur des Proletariats zur Folge hat. Und hier sind wir bei dem Punkt angelangt, der neben der juristischen Ungeheuerlichkeit und der verbrecherischen Natur des Denazifizierungsgesetzes die bedenklichste Seite der ganzen Angelegenheit ist. Wer den Kreis der Betroffenen anschaut, kommt zu

der Feststellung, dass praktisch die ganze deutsche Intelligenz dazugehört und die im Sinne des Gesetzes "S a u b e r e n " nur die aktiven Linksparteien, vor allem die Kommunisten sind.

Wenn der Denazifizierungsminister Schmitt triumphierend verkündete, die Durchführung des Gesetzes werde eine soziale Umschichtung zur Folge haben, so geht ihm sein sehnlichster Wunsch in Erfüllung: Die Vernichtung, bzw. Proletarisierung der Intelligenz und das Einrücken des kommunistischen Proletariats in die Führungsschicht. So lange eine amerikanische Besatzung da ist, wird man sich demokratisch und humanitär gebärden, - dann aber werden alle demokratischen Errungenschaften hinweggefegt. Es wird somit das eintreten, was wir alle fürchten: D e r S i e g d e s B o l s c h e w i s m u s , d i e D i k t a t u r d e s P r o l e t a r i a t s u n d d a m i t d i e t o t a l e V e r n i c h t u n g d e r m e n s c h l i c h e n G e s i t t u n g u n d K u l t u r .

Juristisch ist das Denazifizierungsgesetz nichts anderes als die Koordinierung einer nackten Vergewaltigung selbst. Mit ihr haben sich die Urheber und Unterzeichner moralisch sehr belastet, als wenn sie sämtliche Nationalsozialisten kurzerhand umgebracht hätten.

Das Gesetz ist gleichbedeutend mit der Auflösung der Grundlagen jedes gesitteten Zusammenlebens der menschlichen Gesellschaft überhaupt.

Politisch ist dieses Gesetz die denkbar beste V o r a r b e i t für die B o l s c h e w i s i e r u n g , beruhend auf der völlig falschen Einschätzung der deutschen Mentalität und der Fehlan sicht, dass Parteien, etwa Typ der S.P.D., auch in Deutschland das sicherste Bollwerk gegen Diktaturen aller Art seien. Wer rechtlich denkt und politisch klar sieht, wird das Denazifizierungsgesetz von selbst a b l e h n e n . -

Wer aber seine Rachegelüste gegen Nationalsozialisten und gegen den Nationalsozialismus auch um jeden Preis des Selbstvernichtungswillens will, der mag in ihm einen Akt höchster politischer Einheit erblicken. Sein Erwachen wird bitter sein - und vor allem zu spät.

x x x

Beginning of September 1946

Ideas in regard to the Denazification law.

The statesmen of the American Zone, that are responsible for the law for the dispense (release) of National-socialism and Militarism are in no enviable situation. The impression cannot be suppressed, that they are absolutely aware of the fact, that this law is made evident for the first time and - as it as to be hoped for - hapening but once in the world history.

It is not necessary to explain to the lawyer, that it is a juristical absurdity. The fact, that the minister of justice of 3 countries have consented to this law, charges these men to a degree that not ece every man would like to take upon himself. Therefor it only too comprehensible, if a leading lawyer and statesman (Exminister Schaefer) expressed a short while ago, that he thanks God on his knees, that he did not sign this law. It is not only fear for the hatred of those "Concerned" but simply common sense and a normal feeling of justice. All of us know, what the National-socialistic jurisdiction was blamed for. The National- De- nazification law harps on the same tune, but even so much louder But even in such an excessive manner that there can be no other qualification than "a typical Nazi-law" There are many, who have the naive idea, that a law is always something moral, just for it's being a law. It is obvious that this a nonsense. Just as well a law could be made, as to which all people with blue eyes should be shot, and it could be declared as moral. Th De-na law is a retrospective law, therefore it is a violation of the elementary fundament of justice, according to which an action that had not been declared as punishable at the time of it's perpetration, cannot and may not be punished subsequently and it is a discriminating law, i.e. it is only valid for a certain category of people. Besides it is intended against individuals, basing on an absolut fiction i.e. the so-called collective guilt.

Herewith this law shows all attributes that ~~give-it-the~~ mark it as logical nonsense, as it should be marked, as juristical perversity and as moral infamy. The statement of the De-na----- minister this law were a democratic law, ^{has not} ^{been} thought over seriously by these gentlemen. As it is so obvious, that this law directly opposes to the spirit of democracy, no reasons need to be given. It is not the broad discussion, concerning the De-na---- law, but a certain wording of the law itself, that gives the impression, that the founders

feel uneasy about it.

The law speaks positively only about regulations for atonement, not of punishments and not about defendants, but of the "Concerned". It is therefore undoubtedly right, that punishment and atonement are two different things, unfortunately however the legislators themselves are not certain about this difference. Work for compensation, which is similar to atonement, can naturally can only be work, either in money, fruits of the soil or substantial values, or in work itself, but it is not possible to give regulations of a definitely criminal (punishable) character, as atonement for the "Concerned". However in the law all kinds of restrictions of liberty, disqualifications of profession, even privation of personal and civic rights for a certain time or even for lifetime have been provided for, which have nothing to do with compensation. For instance: Dismissals from their offices for officials, with a due pension, which is a punishment, that can only be executed in severe disciplinary offense or severe punishable offense of a criminal character, as it is the heaviest disciplinary punishment that exists in the legality for civil servants.

Furthermore "regulations for atonement" have been provided for ~~in the~~ by law, which that practically signify the destruction of the civilian existence. It can only be indicated as cynical frankness, if the law expresses ~~wordly~~ ~~to~~ literally: The "Concerned" are not allowed to keep more of their own property, as necessary for keeping up a scanty life. This paragraph characterizes the ~~time~~ true meaning of the law more clearly than anything else. As the severest interior ~~dis~~ disagreements are noticeable between the wording and the theory of the law, which even increase into enormity, when practically performed or accomplished. As the ~~generally~~-formally unconcerned members of the family, who possibly could have been of an anti-fascistic opinion, are practically as much concerned as the criminals in question, himself, this would be a punishment for the whole family, ~~because~~ because the atonement is ~~the-sa equal-to~~ the same as a punishment for the "Concerned". Therefore millions of families are practically driven to despair. Besides, there is the same, insane attitude of "standing bail for kinship" which the national-socialistic jurisdiction was reproached for. ~~There-is-only~~ the only difference is, that at present one third of the whole German population is concerned. But even if we imagine that the law really shall do justice, that is by far not the case, ~~itxisxevaxinxthexabovexsense~~ in regard to the state of affairs, it has however been planned without sense in ~~that~~ respect and shows, that concoction of some dreadful dillettantes, full of hatred.

The classification of the "Concerned" was made according to a schematized standpoint, that clearly demonstrates, that the judgment of the ~~author~~ ^{founder} of the law is not spoiled by any special knowledge in regard to the legal situation as well as to the ~~circumstances~~ conditions of the "Third Reich". De-nazification minister Schmidt does not feel ashamed of himself, for ~~expressing~~ declaring in a public speech: The classification into groups has been made to prevent the formation of a nation... militar.... group, i.e. ~~that the~~ ^{authors} founders of the law, that ~~is supposed~~ ^{ostensibly} to serve to justice (that ostensibly should serve to justice) were guided by purely political considerations of their parties. Here-with it has been made sufficiently significant and therefore it demonstrates the law here too weaknesses and injustice of the most terrible kind.

For example: The Pg. with the membership number under 1000000, that were rewarded automatically in 1934, i.e. without consideration of the merits or non-merits, with the golden party-~~emblem~~ ^{decoration} of the NSDAP, range in group I, the so-called "main-guilty" although it has been stated in the law, that the date of enlistment ~~and exterior~~ as well as exterior marks signs) should not be accepted as argument. In case that a Pg. was rewarded with the ~~emblem~~ ^{decoration} for his merits, the law lays hold on him for his special occupation, for which he had ~~become~~ received the emblem; If a holder of the ~~emblem~~ ^{decoration} was promoted into a higher position in the party, state etc. a clause was made for this case ~~too~~ as well.

Therefore it is unlogical to take the ~~classification~~ ^{decoration} itself as reason for the classification into group I. Because the normal holder of the decoration does not distinguish himself from a general Pg. by nothing else but his membership number, i.e. purely exterior characteristics. On the other hand, the holders of really decisive political positions often are classified into group II, i.e. into a more favourable group (for instance members of the Prussian Council of State) seems to be more severely charged than his highest chief, only for being a Pg. under 100 000, even if he ~~did not~~ ^{has no special} accept the argument of this being a specially constructed case. The so-called old fighters were mostly recruited from humble fold, ~~for~~ ^{hand} which the Nat--- are reproached for principally by the left-side parties. The law demands the planning ~~of a~~ ^{according to} specially severe standard as argument of credit for the main guilty, so that it would be easy enough for a Pg. under 100 000 to change into group II, whereas we have experienced in the case Gründgens, that a Prussian Council of State was fully exonerated.

Therefore ~~the-as~~ ^{the absurdity} it may be possible that the office-boy in the office of a Prussian Council of State.....

What can be thought of the De-nazi---law is notices plainly in the combination matching of the judges in the court delivering judgment. These are collected according to the political standpoint of the party although it should be a purely ^{legal} ~~judicial~~-arrangement for judgment. This is a fact, that has never existed before. It is especially important for the practical use of the court delivering judgment and those peoplemen belonging to it who have a really right feeling for real right, - just those ~~men~~ righteously thinking men that a law demands for such a case - decline these positions, so that only persons remain who find a welcome opportunity to vent their anger. It is difficult to recognize the "personal blamelessness". but according to the experiences of the past, we must be prepared for the worst. As the judges are matched according to the party membership, the suspicion is obvious, that the favorable and disfavorable points of those Nazi----, standing before the court delivering judgment will be differently judged by judges according to the political ideology. For instance the fact that a Pg. discontinued his membership at the catholic church will be looked upon differently by the CSU than the Communists etc.

The worst of all is the flexible character of ^{nearly} ~~all~~ ~~paragraphs~~ paragraphs of the law, they are practically all "may-be regulations" which naturally give full license to all wrong. Although the law demands a representative of the Democratic country for this position the De....ministier in Bavaria is Communist, i.e. a representative of an authoritative system and will consequently develop the dictatorship of the Proletariat- and now we have come to the point that is ^{the} most critical (serious) side of the whole affair besides the legal atrocities and the criminal nature of the De-na---law.

Whoever takes a look on the circle of the "Concerned" comes to the conclusion that practically the German intelligence belongs to it and that those who are called the "Pure" in the meaning of the law belong to the active left parties, principally the communists.

When the De-na... minister Schmitt declared with triumph that the execution of the law would have a social transformation as consequence his wish mostly longed for will be realized: The destruction resp. proletarianising of the intelligence and the entering of the communistic proletariat as leading party. As long as the American occupation remains, they will act like democrats, full of humanity, but later on all democratic achievements will be brushed away. What all of us fear will happen: The victory of the Bolschewism, the dictatorship of the proletariat and as its consequence the total annihilation of human civilization and culture.

From the legal standpoint the de ...na... law is the coordination of a cruel oppression itself. Herewith the authors and those who signed it have charged themselves morally to such a degree, as if they had murdered without hesitation all Nazis-

The law is equally significant with the disintegration of the fundamentals of every civilized community of the human society.

In a political sense this law is the very ~~best~~ best preparation for Bolschewisation, basing on the totally wrong estimation of German mentality and the incorrect idea, that parties for instance the type of the SPD would be the surest stronghold against dictatorships of all kind. Whoever thinks righteously and sees politically clear, will abolish out of his own the D-na...law.

But whoever wants his ideas of hatred towards the Nazi-- and Nation by all means, even to selfdestruction, may think of it as an act of highest political unity. His awakening will be bitter - and by all means too late.-